

# Umwelt, Ökonomie, Gesundheit: Resilienz statt Reparatur

## Drei Krisen des Wirtschaftens – und die Ökonomisierung des Gesundheitswesens

VON PROF. DR. BERNHARD EMUNDS / LEITER DES OSWALD VON NELL-BREUNING-INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSETHIK DER PHIL.-THEOL. HOCHSCHULE SANKT GEORGEN, FRANKFURT AM MAIN



**D**ie Beiträge zum Frühjahrsforum 2021 beleuchteten zum einen drei Krisen des Wirtschaftens: die Tendenzen der heutigen globalen Finanzwirtschaft zu Zusammenbruch und Krise, die Umweltkrise, und das Wachstum der Einkommens- und Vermögensungleichheiten in Gesellschaften des Westens. Zum anderen wurden aber auch die komplexen aktuellen Herausforderungen im deutschen Gesundheitssystem untersucht. Im Anschluss an diese Diagnosen wurde an mich die Frage nach einer möglichen Einordnung und sozialetischen Reflexion dieser Problemlagen gestellt. Zu dem damit angedeuteten, sehr umfassenden Themenkomplex gebe ich im Folgenden lediglich drei Hinweise. Zuerst hebe ich hervor, dass der Zugang zu Krisendiagnosen im Allgemeinen durch die Massenmedien vermittelt ist (1). Dann arbeite ich die zentrale Bedeutung des Handlungsbereichs Wirtschaft für heutige Gesellschaften heraus (2). Ich schließe den Beitrag ab mit ein paar Hinweisen zur wirtschaftsethischen Einordnung der vier Problemlagen (3).

### 1. Konsequenzen aus der medialen Vermitteltheit von Krisendiagnosen

(A) Unsere Wahrnehmung von Krisen ist fast immer über Massenmedien vermittelt; sie ist insofern auch von der Eigenlogik medialer Berichterstattung mit geprägt.<sup>1</sup> Informationen werden von den Massenmedien entsprechend ihrem Nachrichtenwert selektiert. Für einen hohen Nachrichtenwert sprechen u.a. Neuheit, lokaler Bezug, Mitwirken einer prominenten Person, möglicher Schaden für die Rezipient:innen, Skandalträchtigkeit, Ansatzpunkte für starke moralische Wertungen. Für unser Thema gilt: Der Alltag hat keinen Nachrichtenwert, die Krise sehr wohl. Dies bedingt eine Tendenz der Medien zur Krisensemantik. Die Informationsverarbeitung wird entsprechend zugespitzt. Auch dieser Zusammenhang dürfte eine Rolle dabei spielen, dass der Eindruck weit verbreitet ist, unsere Zeit sei eine Zeit permanenter Krisen, eine Krise jage die andere.

(B) Schauen wir uns die Semantik und Pragmatik von „Krise“ noch etwas näher an! Die Rede von Krise verweist auf den Zustand eines Systems: dass es in seiner normalen Funktionsweise gestört und deshalb selbst gefährdet ist. Dabei ist Krise ursprünglich eine medizinische Metapher: Ein Körper steht vor der Wende – hin zu einer möglichen rapiden Verschlimmerung des Zustands, ggf. bis zum Tod, oder hin zur Regeneration. Verwendet wird der Krisenbegriff, um die Rezipient:innen (oder andere, nur indirekt angesprochene Adressat:innen) zum Handeln zu bewegen. Die Rede von Krise ist appellativ: Es soll gehandelt werden, obwohl (und gerade weil) die Zukunft und deshalb die Antwort auf die Frage, welches Handeln heute angemessen ist, unsicher ist.

„Krise“ verweist auf die Enttäuschung von Erwartungen: Überraschend haben sich bedrohliche Entwicklungen mit negativen Resultaten ergeben. Deshalb eilt es nun zu handeln: *Jetzt* muss gehandelt werden! Es bleibt keine Zeit, erst einmal in Ruhe zu reflektieren! Das Appellative, der Aufruf zu handeln, und die Vagheit darüber, was denn nun zu tun sei, scheint das Entscheidende der Rede von Krise zu sein. Dabei wird nicht nur ausgesagt, dass es sich anders entwickelt hat, als es bisher zu laufen schien; vielmehr geht es auch darum, dass es nicht so gekommen ist, wie es sein soll. Hinter der Krisensemantik steckt also jeweils ein Normalitätsmodell, die Vorstellung von einer guten Gesellschaft, von der eigentlichen Gesellschaft, hinter der schlechten, faktischen.

Allerdings können in ein und derselben Krise die Normalitätsmodelle extrem divergieren. Das war in der sog. Flüchtlingskrise von 2015 besonders deutlich. Für die einen bestand die Flüchtlingskrise darin, dass das Normalitätsmodell stabiler Nationalstaatlichkeit bei weitgehender kultureller und ethnischer Homogenität in Frage gestellt wurde. Während für andere die Humanität Europas auf dem Spiel stand und die Glaubwürdigkeit der Verpflichtung der staatlichen Institutionen auf die Verwirklichung und Garantie der Menschenrechte und damit auch auf den Schutz aller Menschen auf dem eigenen Territorium vor Bedrohungen an Leib und Leben.

Mit dem Verweis auf die Bedeutung der Medien für die Wahrnehmung von Krisen, der eigentlich durch einen Blick auf die Wirkweise der sog. sozialen Medien weiter spezifiziert werden müsste, möchte ich natürlich nicht in Frage stellen, dass es in der sozialen „Realität“ überhaupt Krisen gibt. Wer wollte mitten in der COVID-19-Pandemie

bestreiten, dass es Krisen gibt, also grundlegende Störungen der Funktionsweise eines gesellschaftlichen Teilbereichs, die ggf. Menschen in ihrem Lebensalltag erheblich einschränken oder gar ihre Existenzgrundlage gefährden. Aber neben der – unbestrittenen – Realität von Krisen gibt es eben auch die Realität der medialen Krisendiagnosen und diesen kommt eine eigene Wirkmächtigkeit zu.

(C) Aus ethischer Sicht kann man festhalten, dass diejenigen, die von „Krise“ reden, die mit jeder Krisensemantik verbundene thematische Fokussierung von Kommunikation im Blick behalten sollten. Vor allem sollten sie darauf achten, dass die Rede von „Krise“ auf Handeln drängt und dafür tendenziell das Reflektieren, die mühsame Suche nach Ursachen der Probleme und nach geeigneten, vielleicht nicht so ins Auge springenden Ansätzen ihrer Bearbeitung, zu beenden sucht. Besonders sensibel ist der Umstand, dass die politischen Folgen von Krisendiskursen vor allem vom hegemonialen Normalitätsmodell abhängen; dabei haben die Einzelnen, die von einer Krise sprechen, nur wenig Einfluss darauf, welches Normalitätsmodell sich durchsetzt.

## 2. Die Dominanz der Wirtschaft in Gesellschaften der Gegenwart

(A) Den auf diesem „Frankfurter Forum“ vorgestellten Krisen und Herausforderungen ist gemeinsam, dass es bei ihnen (zumindest auch) um Wirtschaft geht: Die drei behandelten Krisen sind Krisen des kapitalistischen Wirtschaftens: In Finanzkrisen bedrohen Crashes in einem Teilbereich der Wirtschaft das globale Wirtschaften insgesamt. Die Umweltkrise geht vor allem auf den Naturverbrauch einer politisch „entfesselten“ und unablässig expandie-

renden Ökonomie zurück. Steigende Einkommens- und Vermögensdisparitäten schließlich sind Problemlagen auf der „Verteilungsseite“ des Wirtschaftens.

Allein die Umbrüche im Gesundheitssystem sind Herausforderungen eines anderen Handlungsbereichs als der Wirtschaft; sie sind allerdings mit dessen Ökonomisierung verbunden. Auch bei anderen als den hier vorgestellten Gegenwarts Krisen dürfte es (fast immer) leichtfallen, ein für die Dynamik der Krise zentrales ökonomisches Moment zu identifizieren. Das liegt vor allem daran, dass nationalstaatliche Gesellschaften – und die „Weltgesellschaft“ – heute in hohem Maße von der Wirtschaft geprägt sind.

*Die Wirtschaft hat sich von anderen sozialen Zwecksetzungen weitgehend entkoppelt. So konnte sie eine ungeheure Dynamik entwickeln.*

Die aktuelle COVID-Krise zum Beispiel ist eine Krise alles Sozialen, die (vor allem) außerökonomische Ursachen hat. Trotzdem ist sie eben auch eine Wirtschaftskrise, die als exogene Wirtschaftskrise interessanter Weise vor allem mit Wirtschaftskrisen der vorkapitalistischen Zeit<sup>2</sup> verwandt ist. Dabei verstärken die ökonomischen Krisenphänomene in weiten Bereichen des sozialen Lebens die Problemlagen der Pandemie.

Bevor ich die auf dem Forum diagnostizierten Krisen und Herausforderungen aus wirtschaftsethischer Perspektive beleuchte, ist zu klären, in welchem Sinne Gesellschaften heute stärker als früher von der Wirtschaft geprägt sind.

(B) Entgegen dem, was der Titel dieses Abschnitts suggerieren könnte, sind moderne Gesellschaften primär als funktional differenzierte Gesellschaften zu begreifen. In ihnen haben sich jeweils spezifische Handlungsbereiche (wie Wirtschaft, Politik, Medien, Wissenschaft, Recht ...) ausgebildet, in denen die Handlungen der Beteiligten so koordiniert werden, dass bestimmte Aufgaben, die für den Fortbestand der Gesellschaft auf dem erreichten Niveau der Freiheit und des Wohlstands essentiell sind, erfüllt werden. Das Handeln in jedem dieser Teilbereiche folgt mehr oder minder stark einer jeweils bereichsspezifischen Logik. Sekundär ist aber zu berücksichtigen, dass einige dieser Handlungsbereiche in der Lage sind, die Gesellschaft insgesamt – also auch das Handeln in anderen Teilbereichen – zu prägen. Das gilt in besonderem Maße für die Wirt-

schaft. Sie hat sich erstens als marktbezogene Wirtschaft stark von anderen sozialen Zusammenhängen entkoppelt und nicht monetäre Zwecksetzungen weitgehend abgestreift. So konnte sie eine ungeheure Dynamik entwickeln, die zweitens immer mehr auf andere Handlungsbereiche der Gesellschaft „durchschlägt“.

(C) Die marktbezogene Wirtschaft – also der Bereich der Märkte und Unternehmen; denn diesen meinen wir zumeist, wenn wir heute von „der Wirtschaft“ sprechen – hat sich *erstens* verselbständigt. Das heißt, sie hat ihre eigene, nämlich monetäre, Form der Koordination von Handlungen entwickelt und ist nur noch in vergleichsweise geringem Umfang davon abhängig, dass auch andere Koordinationsformen mit im Spiel sind.

Prinzipiell können Handlungen verschiedener Akteure in unterschiedlicher Weise aufeinander abgestimmt werden: u.a. durch Anerkennung der Herrschaft einer Person (oder Gruppe), die bestimmt, wer was zu tun hat; durch wechselseitige Absprachen der Beteiligten, die sich auf der Grundlage geteilter Werte und Normen auf einen gemeinsamen Handlungsplan mit verteilten Rollen einigen; oder durch die Aussicht desjenigen, der Handeln soll, auf eine Geldzahlung dessen, der von seinem Handeln profitieren würde.

In der Wirtschaft ist natürlich zuerst einmal diese zuletzt genannte Form der Handlungskoordination entscheidend: Auf Märkten bieten Akteure anderen Akteuren Produkte, Dienstleistungen oder Vermögenswerte an, weil sie davon ausgehen, dass diese Anderen ihnen dafür Geld zahlen werden. Auch in Unternehmen werden die Beteiligten nur aktiv, weil ihnen Zahlungen in Aussicht gestellt wurden. Zugleich aber unterstellen sich alle Mitarbeiter:innen dem Direktionsrecht der Unternehmensleitung, sie anerkennen also betriebliche Herrschaft. Allerdings werden die Handlungen von der Unternehmensleitung (und ihren Vertreter:innen auf den darunter liegenden Entscheidungsebenen) vor allem auf ein monetäres Ziel hin koordiniert: auf das Ziel eines möglich großen Überschusses der Einnahmen über die Ausgaben.

Natürlich muss jede Organisation – auch jede „Non-profit“-Organisation – so viele Einnahmen erwirtschaften, dass langfristig die Ausgaben gedeckt sind. Bei Unternehmen kommt aber hinzu, dass strukturell die Ziele möglichst großer Einnahmen und möglichst geringer Ausgaben im Vordergrund stehen, dass also für die Unternehmensleitung diese Ziele alle anderen Zwecke, die natürlich auch immer

mit im Spiel sind, dominieren. Deshalb kann man Wirtschaft als den Handlungsbereich definieren, in dem Handlungen primär durch (auf Märkten) oder in Hinblick auf (in Unternehmen) Zahlungen koordiniert werden.<sup>3</sup>

Diese monetäre Koordination auf Märkten und in Unternehmen ist relativ effizient. In Verbindung mit dem Akkumulationsinteresse der Kapitaleigentümer:innen ermöglicht sie es der Wirtschaft, eine ungeheure Dynamik zu entwickeln. Andere Formen der Handlungskoordination – wie die Herrschaft und die Vereinbarung auf der Grundlage geteilter Werte und Normen – werden zwar nicht verdrängt, treten aber in den Hintergrund bzw. werden für Strategien mit monetären Zielen (Gewinnsteigerung bzw. Kapitalvermehrung) gezielt in Dienst genommen: Auf Märkten kann die Handlungskoordination über Zahlungen zwar nur gelingen, wenn sich die Transaktionspartner:innen „Treu und Glauben“ unterstellen. Welche Verfügungsrechte (in welcher exakten Definition) in den Transaktionen übertragen werden, ist vor allem das Ergebnis machtbestimmter juristischer Aushandlungsprozesse.<sup>4</sup> Um in Unternehmen Gewinnziele zu erreichen, bedarf es nicht nur, wie bereits dargestellt, betrieblicher Herrschaft, sondern auch einer gewissen Übereinstimmung der Beteiligten in den Werten und Normen sowie, heute sogar expliziter als früher, gemeinsamer Zielvorstellungen über die gesellschaftliche Rolle („mission“) des Unternehmens. Aber das dominante Ziel all’ dieser Formen der Handlungskoordination ist eine (möglichst) große positive Differenz von Erträgen und Aufwendungen.

(D) Die Koordination von Handlungen auf monetäre Zielsetzungen hin ist eine sehr einfache und effiziente, da allein auf ein Ziel ausgerichtete Form der Koordination. Zudem sind Einkommenssteigerung und Vermögensmehrung für die meisten Beteiligten ungeheuer attraktiv. Deshalb kann die wirtschaftliche Entwicklung, wenn sie nicht durch andere bedeutsame Institutionen blockiert und nicht von mächtigen Akteuren gestört oder bewusst gebremst wird, sehr dynamisch werden und sich dabei, *zweitens*, auch auf andere, bisher nicht-ökonomische Bereiche der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ausweiten. Dies wird häufig als Ökonomisierung bezeichnet. Was genau ist unter der Ökonomisierung anderer, nicht-wirtschaftlicher Handlungsbereiche zu verstehen?

Das Moment einer monetären Koordination von Handlungen ist in modernen Gesellschaften beinahe omnipräsent; d.h. es spielt neben anderen Koordinationsformen

fast immer eine Rolle. Denn ein Großteil der Interaktionen geschieht heute in Organisationen. Diese sind nur dann dauerhaft von Bestand, wenn die Ausgaben auf die Dauer irgendwie durch Einnahmen gedeckt werden. Zudem greifen beinahe alle Organisationen auf Erwerbsarbeit zurück, sichern sich also die Arbeitskraft von Personen, indem sie ihnen ein Entgelt zusagen. Ohne Geld geht es einfach nicht. Dass die Einnahmen auf die Dauer die Ausgaben decken müssen, kann man insofern als eine Nebenbedingung – als die monetäre Nebenbedingung – aller Organisation begreifen.

Als Ökonomisierung begreife ich jenen Prozess, in dem bei der Leitung nicht-ökonomischer Organisationen (wie etwa gemeinnütziger Verbände oder sozialer Einrichtungen) nicht-materielle Ziele – auch solche, die einmal zur Organisationsgründung geführt haben – weniger bedeutsam werden und die Ziele, Einnahmen zu steigern und Ausgaben zu senken, mehr Gewicht bekommen und ggf. sogar zu den wichtigsten Zielen der Organisationen werden.<sup>5</sup>

In den letzten drei Jahrzehnten kam es in modernen Gesellschaften gewissermaßen flächendeckend zu einer solchen Ökonomisierung sozialer oder auch medizinischer Organisationen. Diese Entwicklung ging teils auf die allgemeine Ausbreitung betriebswirtschaftlicher Steuerungskonzepte und auf die bewusste politische Implementierung von Wettbewerb („New Public Management“) zurück, teils aber auch darauf, dass in Zeiten staatlicher Austeritätspolitik mehr soziale Organisationen als in früheren Jahrzehnten unter Spardruck gerieten.

Im letzteren Fall geht es dann darum, dass nun die monetäre Nebenbedingung der Organisation – die Einnahmen müssen auf die Dauer die Ausgaben decken – „bindend“ geworden ist. Beinahe alle Aktivitäten der Organisation werden auf den Pfad der Einnahmesteigerung und der Ausgabenreduktion gezwungen; sie werden auf das monetäre Ziel – Einnahmen auf die Dauer nicht kleiner als die Ausgaben – hin effizient ausgerichtet. Wo es eben geht, werden Kosten gespart. Zudem werden alle Möglichkeiten, weitere Einnahmen zu erzielen, konsequent genutzt.

### 3. Wirtschaftsethische Überlegungen zu den drei Krisen und zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens

(A) Was lässt sich nun aus wirtschaftsethischer Perspektive zu dieser gesellschaftlich dominant gewordenen kapitalistischen Ökonomie und ihrer Tendenz zu Krisen sagen?

Ehe ich drei problematische Aspekte beleuchte, aufgrund derer die Wirtschaft zum Krisenherd werden kann, und dann auch noch einen Blick auf die Herausforderungen des ökonomisierten Gesundheitssystems werfe, ist zuerst einmal festzuhalten, dass die kapitalistische Marktwirtschaft da, wo sie politisch auf gesellschaftlich präferierte Ziele ausgerichtet wird, ein gigantischer Wohlstandsgenerator sein kann: Historisch waren in der Nördlichen Hemisphäre die Überwindung wirtschaftlichen Elends und die Schaffung von Wohlstand nur möglich in Ländern, die ein kapitalistisches Wirtschaftssystem etabliert hatten (für viele Güter: Märkte und kapitalgeführte Unternehmen, die auf Lohnarbeit zurückgreifen; zudem private Kreditinstitute).

Auch in den Regionen des globalen Südens scheint eine dauerhafte Überwindung wirtschaftlichen Elends nur in Ländern zu gelingen, in denen eine kapitalistisch-dynamische Wirtschaftsentwicklung in Gang gekommen ist. Dass das Wirtschaftssystem in einem weiten Sinne kapitalistisch ist, kann man insofern als eine notwendige Bedingung dafür begreifen, dass ein Land einen gewissen Wohlstand erreicht. Es ist aber keine hinreichende Bedingung. Vielmehr bedurfte und bedarf auch einer politischen Lenkung der ökonomischen Prozesse, etwa des Brechens von Monopolen, der Steuerung der Kredit- und Geldschöpfung der Kreditinstitute durch die Zentralbank, der Regulierung, um gesellschaftlich allgemein oder weithin akzeptierte Ziele gegen mächtige wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, der Ermöglichung gewerkschaftlicher Gegenmacht, der ökologischen Gestaltung des Preissystems und der Wertschöpfungsprozesse, der Ergänzung der marktwirtschaftlichen Bereitstellung von Gütern durch eine öffentliche Wirtschaft (Infrastruktur, Daseinsvorsorge) sowie einer sozialen Gestaltung der Verteilung.

Die kapitalistische Wirtschaft ist aber nicht nur eine bisher unerlässliche Grundlage von Wohlstand, sondern auch – vor allem dann, wenn sie zu wenig, auf unangemessene Weise oder nur im Interesse kleiner Gruppen Mächtiger und Einflussreicher politisch gestaltet wird – eine Ursache vieler problematischer Entwicklungen, von denen sich hin und wieder einige krisenhaft zuspitzen. Drei Aspekte möchte ich beleuchten, die bei den drei wirtschaftlichen Krisen, die auf diesem Frankfurter Forum vorgestellt wurden, eine ursächliche Rolle spielen.

(B) Von den Aktienmärkten her und aufgrund der vorherrschenden Managementlehren stehen, erstens, die Vorstände der Unternehmen unter Druck, schnell hohe Rendi-

ten zu erzielen. Finden sich nicht genug Marktnischen, um die Erträge zu steigern, bleibt zur Verbesserung der Gewinne nur die Minimierung der Kosten. Für Unternehmen sind daher Versuche kennzeichnend, Kosten zu externalisieren und aus dem, was ihnen als Quelle der Wertschöpfung zur Verfügung steht, das maximal Mögliche „herauszuholen“.

Ohne politisches Gegensteuern, zu dem auch eine Gestaltung der Preise auf der Inputseite der Unternehmen gehört, ist die Gefahr groß, dass sie kurzfristig die Grundlagen des (menschlichen) Lebens rücksichtslos „übernutzen“ und dass sie dabei langfristig auch einen Substanzverlust der Grundlagen ihres eigenen Wirtschaftens hinnehmen. Dieser Zusammenhang ist mit ursächlich für die ökologische Krise, die auf diesem Frankfurter Forum einen prominenten Platz eingenommen hat.

*Ökologische Krise, gesellschaftliche Sorgenlücke und Zunahme psychischer Erkrankungen von Beschäftigten verweisen auf die Notwendigkeit, den Zugriff der kapitalistischen Ökonomie auf die Grundlagen des Lebens zu begrenzen.*

Zudem ist unter Arbeitgeber:innen aber auch das Bestreben verbreitet, aus den Erwerbstätigen das Maximum „herauszuholen“. Vielfach kommt es zu einer hohen Verdichtung von Arbeit, die unter den Bedingungen einer stark subjektivierten Arbeit die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöht, dass es bei den Beschäftigten zu psychischen Erkrankungen kommt. Zugleich werden heute die familiären Kontexte der Erwerbstätigen dadurch belastet, dass die Unternehmen zwar von der unbezahlten – nach wie vor zumeist von Frauen erledigten – Sorgearbeit profitieren („Reproduktionsarbeit“), die Kosten, die sie dafür tragen müssen, aber möglichst gering zu halten suchen: Bei nicht wenigen Beschäftigten zahlen die Arbeitgeber:innen keine Löhne, die bei einer Vollzeitbeschäftigung für Familien auskömmlich sind. Zugleich sind sie im politischen Prozess bemüht, ihre Steuern und Abgaben möglichst niedrig zu halten, was den Aufbau eines ausreichenden Familienleistungsausgleichs im Wege steht.

Die mangelnde soziale Wertschätzung der Sorgearbeit zeigt sich dann vielfach in einem enormen Zeitdruck, unter dem vor allem die vielen Frauen und die relativ weni-

gen Männer stehen, die neben ihrer Erwerbstätigkeit die Haupt-Sorgeverantwortung für Kinder oder für Pflegebedürftige übernommen haben.

Die ökologische Krise, die gesellschaftliche Sorgelücke und die Zunahme psychischer Erkrankungen von Beschäftigten<sup>6</sup> verweisen auf die Notwendigkeit, den Zugriff der kapitalistischen Ökonomie auf die Grundlagen des Lebens (und damit natürlich auch des Wirtschaftens) zu begrenzen: durch Gestaltung der Inputpreise, durch Regulierungen und – u. a. mit diesen beiden Wegen verbunden – letztlich durch das Enttäuschen der überzogenen, in den letzten Jahrzehnten gesteigerten Renditeerwartungen. Nur so sinkt auf die Dauer der Druck auf die Vorstände, schnell hohe Renditen zu erzielen.

(C) Zweitens sind im wirtschaftlichen Prozess Rückkopplungsschleifen zu beachten, die zu einer Selbstverstärkung ökonomischer und anderer Ungleichheiten führen:<sup>7</sup> Wer über ein hohes Einkommen verfügt, kann in die Erziehung und Bildung der eigenen Kinder viel Geld investieren. Wenn es um Investitionen und die Vermehrung des Vermögens geht, haben unter den Reichen diejenigen die besten Chancen, hohe Renditen zu erzielen, die bereits über besonders viel Vermögen verfügen und sich deshalb die besten Anlageberater:innen und die besten Anwälte:innen leisten können.

Wer einen männlich konnotierten Beruf ausübt, verfügt im Durchschnitt über ein deutlich höheres Einkommen als die Erwerbstätigen in weiblich konnotierten Berufen und hat folglich finanziell (aber vielfach auch zeitlich sowie aufgrund eines hohen sozialen Prestiges) mehr Möglichkeiten, den politischen Prozess und damit die künftige Verteilung von Einkommen(schancen) im eigenen Interesse zu beeinflussen. Solche sich selbst verstärkenden Ungleichheiten zwischen Berufsgruppen finden sich in vielen Bereichen; aber das Gesundheitssystem ist aufgrund der überragenden Stellung der Ärzt:innen und der schwachen Position u. a. der Pfleger:innen von solchen Asymmetrien besonders nachhaltig geprägt.

Je schwächer eine – auf die Interessen der unteren Schichten ausgerichtete – Verteilungspolitik ist, desto stärker können solche Rückkopplungsschleifen wirken und desto schneller wachsen die Ungleichheiten. Oder anders ausgedrückt: Es bedarf einer forcierten Politik der Umverteilung von Einkommen und Vermögen, um die Prozesse der Selbstverstärkung ökonomischer Ungleichheiten zu bremsen bzw. zum Stillstand zu bringen. Schließlich gilt,

dass es neben ökonomischen zwar auch andere wichtige soziale Divergenzen gibt, aber die ökonomischen für die Verteilung von Lebenschancen nach wie vor eine zentrale Rolle spielen.

(D) Drittens soll ein Defizit in den Blick genommen werden, das vor allem in der Finanzwirtschaft auftritt: Es gehört zu den Grundideen der Wirtschaftsordnung kapitalistischer Marktwirtschaften, dass die Gewinne von Unternehmen auf Wert-Schöpfung<sup>8</sup> zurückgehen: also darauf, dass die Unternehmen solche Güter – das sind Waren und Dienstleistungen – bereitstellen, die für andere Wirtschaftsakteure von Nutzen sind, nämlich ihnen helfen zu überleben oder die ihrem Wohlergehen bzw. ihrer persönlichen Entfaltung dienen. Durch die Externalisierung von Kosten oder das Ausnutzen von Machtpositionen (Monopole, Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte weit über das gesellschaftlich optimale Niveau hinaus<sup>9</sup> usw.) dürfte es in verschiedensten Branchen immer wieder einmal vorkommen, dass die Gewinne von Unternehmen ihre Wert-Schöpfung weit überschreiten.

In einigen Bereichen der Finanzwirtschaft hat das Volumen der Geschäfte jedoch ein Niveau erreicht, auf dem die Marktteilnehmer:innen – dies sind vor allem große Finanzinstitute – mit den einzelnen Transaktionen zwar noch Geld verdienen können, bei dem jedoch kein Wert für andere Marktteilnehmer oder für die Gesellschaft insgesamt mehr entsteht.<sup>10</sup> Im Investmentbanking besteht das Geschäft in hohem Maße darin, die Portfolien zu „optimieren“, das Eigentum an Vermögenswerten also immer wieder neu zu arrangieren. Welche gesellschaftlichen Wohlstandsgewinne sollen mit dem kontinuierlichen Rearrangement bereits bestehender Vermögenswerte verbunden sein? In dieser Hinsicht erscheint die Finanzwirtschaft als eine hypertrophe Branche, deren schnelles Größenwachstum z.T. auf Geschäfte zurückgeht, die für branchenexterne Transaktionspartner keine Vorteile generieren.

Besonders deutlich ist das Problem bei der Spekulation mit Derivaten. Hier ist auf vielen Märkten das Handelsvolumen bereits so groß, dass mit weiterer Spekulation kein Vorteil einer höheren Liquidität mehr verbunden ist. Stattdessen dürfte es eher zu einer größeren Volatilität der Märkte kommen, also zu einer Zunahme der Risiken, welche die einzelnen Akteure mit den Derivaten doch eigentlich „managen“ und für sich verringern wollen. Außerdem steigt mit den zahllosen Derivatekontrakten zwischen den

Banken das systemische Risiko. Schließlich wächst mit ihnen die wechselseitige Abhängigkeit der beteiligten Institute voneinander, so dass die Zahlungsunfähigkeit einer einzelnen Bank schneller auf alle anderen übergreifen kann.

Mit Gewinnen, die mit solchen Finanzgeschäften erwirtschaftet werden (das sind natürlich nicht alle Gewinne der Finanzinstitute), sind also gesamtgesellschaftlich keine Wohlfahrtsgewinne verbunden. Vielmehr steigt durch eine weitere Ausdehnung dieser Geschäfte die Erwartung gesellschaftlicher Verluste – nicht zuletzt durch eine steigende Anfälligkeit für Finanzkrisen, die der Allgemeinheit u. a. über Rettungspakete für angeschlagenen Finanzinstitute teuer zu stehen kommen.

Die Finanzindustrie zeigt sich damit als eine Branche, in der sich „die Politik“ nicht auf die Implementation einzelner neuer Regulierungen beschränkend sollte. Vielmehr geht es in der Finanzmarktpolitik auch darum, die Geschäftsmodelle einiger Typen von Finanzinstituten zu gestalten und dafür zu sorgen, dass die Volumina einiger Finanzgeschäfte nicht weiter steigen.

**Das Stellen von Diagnosen, die medizinisch nicht vertretbar sind, kann man als Phänomen eines Wachstums des Gesundheitssystems über das gesellschaftlich sinnvolle Maß hinaus begreifen.**

In Verbindung mit strukturellen Defiziten führt in allen drei Beispielen die – in der Renditeorientierung der ökonomischen Akteure gründende – kapitalistische Dynamik zu sich verschärfenden Problemlagen: zu einer Erosion der Lebensgrundlagen, zu einer Eskalation ökonomischer Ungleichheiten und zum schnellen Wachstum einer Branche, die, je schneller sie wächst, desto krisenanfälliger ist und insofern den Wohlstand breiter Schichten sowie die fiskalischen Grundlagen der Demokratie desto mehr bedroht.

(E) Die skizzierten Diagnosen wirtschaftlicher Krisenphänomene legen nahe, die Ökonomisierung anderer Handlungsbereiche – hier verstanden als Bedeutungsgewinn von Ertragssteigerung und Kostenminimierung in der Führung von Organisationen – zumindest als ambivalent einzuschätzen. Sie bezieht diese anderen Teilbereiche der Gesellschaft in eine mächtige kapitalistische Dynamik ein, die sie grundlegend verändert und die – bei strukturellen

Defiziten – auch zu besonderen, sich selbst verstärkenden Problemlagen führen kann.

In medizinethischen Diskussionen wird die Ökonomisierung des Gesundheitssystems zumeist erst dann als problematisch angesehen, wenn der Druck z. B. in Krankenhäusern „Zahlen“ zu liefern zu Diagnosen und teuren Maßnahmen (wie Operationen) führen, die aus medizinischer Sicht unangemessen sind. Diese – ethisch kritisierte – Form von Ökonomisierung wird dann als Kommerzialisierung bezeichnet.

Bei der Arbeitsgruppe Ökonomisierung in der Akademie für Ethik in der Medizin liest sich das z. B. so: „Ökonomisierungsprozesse lassen sich begreifen als systematische und durchgreifende Versuche, erwünschte Ergebnisse möglichst zielführend und möglichst sparsam zu erzielen. Solange Ökonomisierung sich in sinnvollen, der nötigen betriebswirtschaftlichen Aufrechterhaltung des Krankenhausbetriebs dienenden Grenzen hält, bleibt sie medizinethisch eher unproblematisch, mit Ausnahme der Gefahr einer Verselbständigung und Übersteigerung von Sparzwängen („Totsparen“). Kommerzialisierung bedeutet etwas Spezifischeres als Ökonomisierung, nämlich das Ausrichten wirtschaftlicher Aktivitäten auf monetären Gewinn (bzw. Rendite) in einem Bereich, dem diese Ausrichtung bislang fremd war. Im Krankenhaus bedeutet Kommerzialisierung einen systematischen Anreiz, das Stellen von Diagnosen und Indikationen nicht nur am Wohl der Patienten, sondern auch an den für das Krankenhaus zu erwartenden Erlösen auszurichten.“<sup>11</sup>

Das Stellen von Diagnosen, die medizinisch nicht vertretbar sind, und die Durchführung entsprechender medizinischer Maßnahmen aus Gründen der Einnahmesteigerung kann man als (vermutlich begrenzte) Phänomene eines Wachstums des Gesundheitssystems über das gesellschaftlich sinnvolle Maß hinaus begreifen – und damit in einer gewissen Parallelität zur hypertrophen Finanzwirtschaft (vgl. D).

Die problematische Seite von Kommerzialisierung ist aber umfassender. Die Steigerung von Einnahmen muss mit intensiven Sparbemühungen zusammengesehen werden. Beide sind zwei Seiten einer Medaille, nämlich der Bemühungen von Geschäftsführungen medizinischer Einrichtungen bzw. Organisationen, die Differenz von Erträgen und Aufwendungen zu reduzieren, also Gewinne zu steigern oder Verluste zu reduzieren. In dem Zitat taucht die zweite Seite der Medaille nur in zugespitzter Form, als „Totsparen“ von Einrichtungen, auf – und zwar als ein Phänomen, das

eben gerade nicht unter den Begriff der Kommerzialisierung gefasst wird.

Entscheidend für beide Seiten der Medaille ist der Renditedruck, der hier auch als eine Ursache der ökologischen Krise identifiziert wurde (vgl. B) und der für Einrichtungen in privat-gewinnwirtschaftlicher Trägerschaft charakteristisch zu sein scheint – oder eben ein massiver, zumeist politisch verursachter Spardruck. Letzteren kann man auch so deuten, dass es im Gesundheitssystem zu wenig Geld gibt, oder vorsichtiger: dass das Geld nicht da ist, wo es gebraucht wird. Auf jeden Fall handelt es sich dabei um eine Diagnose, die zu der ersten Diagnose eines übertriebenen Wachstums zumindest teilweise „quersteht“.

Ist der Rendite- oder der Spardruck hoch, wird vor allem dort gespart, wo Einkommen und gute Möglichkeiten zu arbeiten, nicht durch starke Interessengruppen geschützt werden. Hier gelangen wir in den Bereich der problematischen Rückkopplungsschleifen, über die ökonomische und andere soziale Ungleichheiten sich selbst zu verstärken drohen (vgl. C). Das Einkommensgefälle und die Machtsymmetrie zwischen Ärzt:innen und vor allem dem Pflegepersonal war vorhin ja auch schon erwähnt worden. Auch dieser Trend steigender Divergenzen stellt – weit ab von den Problemen der Kommerzialisierung – einen problematischen Teilaspekt von Ökonomisierung bzw. eine damit interferierende, problematische Tendenz dar. Tritt der Gesetzgeber dem nicht konsequent entgegen, lauert hier immer das Risiko sich selbst verstärkender Divergenzen.

E-Mail-Kontakt: emunds@sankt-georgen.de

## Literatur

- Die folgenden Bemerkungen sind von der Medientheorie Niklas Luhmanns beeinflusst. Ich stütze mich dafür vor allem auf Zander, Korbinian (2018): Flucht und Migration, Krisenwahrnehmung und die Rolle der Massenmedien, in: Fisch, Andreas u.a. (Hg.): Zuflucht – Zusammenleben – Zugehörigkeit?, 2. Aufl., Münster/Westf.: Aschendorff, 161-177.
- Vgl. Plumpe, Werner (2017): Wirtschaftskrisen, 5. Aufl., München: Beck.
- Vgl. ausführlicher: Emunds, Bernhard (2010): Art. Ökonomie/Wirtschaft, in: Enzyklopädie Philosophie, Bd.2, 2. Aufl., Hamburg: Felix Meiner, Sp. 1846-1856.
- Vgl. Pistor, Katharina (2020): Der Code des Kapitals. Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft, Berlin: Suhrkamp.
- Die Flut der Veröffentlichungen zur Ökonomisierungsthese ist beinahe unüberschaubar. Das hier skizzierte Verständnis im Anschluss an Bode, Ingo (2010): Der Zweck heiligt die Mittel? Ökonomisierung und Organisationsdynamik im Krankenhausesektor, in: Endreß, Martin/Matys, Thomas (Hg.): Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie, Wiesbaden: Springer VS, 63-92.
- Diese kann natürlich auch Ursachen außerhalb der Arbeitswelt haben.
- Ich beschränke mich hier auf sich selbst verstärkende Ungleichheiten innerhalb einer Volkswirtschaft. Ähnliche Rückkopplungsschleifen gibt es aber natürlich auch in der internationalen Arbeitsteilung.
- Den Begriff „Wertschöpfung“ habe ich in diesem Beitrag bisher so verwendet, dass es nur um eine positive Differenz zwischen den Einnahmen eines Unternehmens und seinen Ausgaben für Vorleistungen geht. Bei dem Begriff „Wert-Schöpfung“ geht es mir dagegen darum, dass die Unternehmen etwas von Wert bereitstellen, etwas, das anderen einzelnen Akteuren oder der Gesellschaft insgesamt nützt. Das Problem, wie Wert-Schöpfung gemessen werden könnte, übergehe ich hier.
- Vgl. Mazzucato, Mariana (2018): Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern, Frankfurt/M. – New York: Campus, 249-264.
- Möglich ist dies, weil die Geschäfte der Finanzbranche durch die Geldschöpfung der Kreditinstitute (und durch ähnliche fristentransformierende Geschäfte der Schattenbanken) alimentiert werden. Zum Folgenden vgl. ausführlicher: Emunds, Bernhard (2013): Die Finanzwirtschaft als Rent-Seeking-Ökonomie, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 82/4, 15-30.
- Aus dem Diskussionsprotokoll eines Symposions am 30. November 2019 in Marburg. Zitiert bei Kettner, Matthias (2021): Misere des Krankenhauses, institutionelle Pathologien und klinische Organisationsethik, in: Ethik in der Medizin 33, 159-175, hier: 164, Fn.6.

## PROF. DR. BERNHARD EMUNDS



*Dr. rer. pol. Bernhard Emunds, geboren 1962 in Aachen, verheiratet, zwei Kinder, Studium der Katholischen Theologie, der Geschichtswissenschaften und der Volkswirtschaftslehre in Bonn, Paris, Frankfurt am Main und Münster/Westf., seit 2006 Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie sowie Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Phil.-Theol. Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Ethik der Erwerbsarbeit und des Sozialstaats, Ethik und postkeynesianische Theorie der Finanzwirtschaft, Ethik des Wohnimmobilienmarktes, Grundlagen der Wirtschafts- und der Christlichen Gesellschaftsethik.*

